



Waltraud Gruber, Bahnhofstr. 51, 85617 Aßling

Aßling, den 20.7.2014

Betr.: Windenergie: 10H-Regelung, Vetorecht der Nachbarkommunen

Sehr geehrter Herr Landrat Niedergesäß,

um Einfluss auf die von der Staatsregierung geplante 10H Regelung und das geplante Vetorecht der Nachbarkommunen bei Windenergieanlagen auszuüben, schlagen wir vor, dass sich der Kreistag Ebersberg in der Sitzung des Kreistages am 28. Juli 2014 bei der Staatsregierung zu Wort meldet.

Unser Vorschlag für eine Botschaft von kommunaler Seite an die bayerische Staatsregierung:

Der Landkreis Ebersberg lehnt die geplante Regelung 10 H für die Mindestabstände von Windrädern gegenüber der Wohnbebauung ab. Die 10H-Regelung und das geplante Vetorecht der Nachbarkommunen gefährden den in der Aufstellung befindlichen sachlichen Teilflächennutzungsplan „Konzentrationsflächen Windkraftanlagen“ der Gemeinden des Landkreises Ebersberg. Mit der geplanten Änderung würden erhebliche Geldmittel, die von den Gemeinden bereits investiert wurden, verloren sein und Windenergieanlagen für den Landkreis Ebersberg nahezu unmöglich werden.

Die derzeit gültigen Rahmenbedingungen für die Errichtung von Windenergieanlagen enthalten ausreichende Handlungsmöglichkeiten für eine sinnvolle Planung. Seitens des Kreistages Ebersberg besteht kein Bedarf für eine Neuregelung. Sie würde die von allen Parteien im Kreistag vereinbarten Ziele der Energiewende im Landkreis gefährden.

Begründung:

Der Landkreis Ebersberg hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 frei von fossilen und anderen endlichen Energieträgern zu sein. Dieses Ziel möchte der Landkreis auch erreichen.

Ein Baustein dazu ist die auf Initiative des Landkreises begonnene Planung von Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen. Diese soll eine einheitliche Planungsgrundlage für die räumliche Steuerung von Windenergieanlagen im gesamten Plangebiet sein.

Der mit hohen Kosten verbundene gemeinsame sachliche Teilflächennutzungsplan Windkraft der Städte Ebersberg und Grafing sowie der Gemeinden Anzing, Aßling, Baiern, Bruck, Egming, Emmering, Forstinning, Frauenneuharting, Markt Glonn, Hohenlinden, Markt Kirchseeon, Markt Schwaben, Moosach, Oberpframmern, Pliening, Poing, Steinhöring, Vaterstetten und Zorneding ist durch die aktuelle Planung der Abstandsflächen gefährdet.

Damit die Ziele 2030 erreicht werden können braucht es Planungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, für die Kommunen, für die Energiegenossenschaften und für die Unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Waltraud Gruber
Fraktionssprecherin Kreistagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen